

«Steuern zu senken ist nicht sinnvoll»

Aufgrund der schlechten finanzpolitischen Perspektiven sind Steuersenkungen für Barbara Janom Steiner zum jetzigen Zeitpunkt kein Thema. Die Regierungsrätin weist entsprechende Forderungen aus der Wirtschaft zurück.

Mit Regierungsrätin Barbara Janom Steiner sprach Dario Morandi

Frau Regierungsrätin Janom Steiner, 43 Millionen Franken Gewinn in der Staatsrechnung 2012 und über eine Milliarde Eigenkapital in der Kasse des Kantons Graubünden: Da können Sie sich als Finanzdirektorin ja getrost zurücklehnen und schauen, was da kommt.

Barbara Janom Steiner: Das tolle Ergebnis in der Staatsrechnung und die komfortable finanzielle Situation, in der sich der Kanton Graubünden befindet, freuen mich zwar ausserordentlich. Zum Zurücklehnen besteht aber kein Grund...

... wohl weil die blendende Verfassung der kantonalen Finanzen nicht einfach gottgegeben ist.

Das ist richtig. Dafür sind mehrere Faktoren verantwortlich. Wir konnten höhere Steuererträge, einmalige Einnahmen aus Kraftwerk-Heimfällen sowie nicht erwartete Zahlungen der Nationalbank verbuchen. Dazu gesellt sich noch eine strenge Haushalts- und Budgetdisziplin.

«Uns geht es wirklich gut»

So wie es aussieht, dürfte der Kanton auch weiterhin Ertragsüberschüsse einfahren.

Der Trend geht leider in eine andere Richtung. Wir stellen fest, dass die Ertragsüberschüsse in den letzten Jahren stetig abgenommen haben. Früher hatten wir bis zu 100 Millionen Franken Ertragsüberschuss pro Jahr. Inzwischen ist diese Zahl auf 44 Millionen Franken gesunken, Tendenz weiter sinkend. In der Finanzplanung bis 2016 gehen wir von Jahresdefiziten in der Höhe von rund 100 Millionen Franken aus. Oder anders gesagt: Die finanzielle Zukunft des Kantons verdüstert sich zusehends.

Trotzdem: Von solchen Zahlen können andere kantonale Kassenwar- te nur träumen.

Wir haben in der Tat eine gute Eigenkapitalbasis und wir hatten bis jetzt, wie bereits erwähnt, oft grosse Überschüsse in der Staatsrechnung. Die Steuererträge werden in den nächsten Jahren aber stagnieren, und auch von Seiten des Bundes wird vermutlich weniger Geld als bisher nach Graubünden fliessen – auch infolge der Korrekturen beim Finanzausgleich. Zudem sind die tatsächlichen Auswirkungen auf die Grundstückgewinn- und Quellensteuern wegen der Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative und die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III noch nicht abschätzbar.

«Nicht mehr Geld in der Kasse»

Da klagen Sie aber auf sehr hohem Niveau, Frau Regierungsrätin.

Das mag sein, uns geht es wirklich gut. Aber gleichzeitig müssen wir auf der Hut sein. Ansonsten werden wir uns über kurz oder lang plötzlich mit einem strukturell bedingten Defizit konfrontiert sehen.

Was meinen Sie damit?

Was uns Sorgen bereitet, sind nicht nur schwindende Einnahmen. Es sind ausserdem die Beitragsleistungen an Dritte. Da besteht ein bisher ungebremsstes Wachstum. 2012 sind die Beiträge auf 85 Millionen Franken oder um elf Prozent im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Es sind vor allem zwei Bereiche, die stark dazu beige-

tragen haben: der Systemwechsel bei der Spitalfinanzierung, wo der Kanton auch noch die Gemeinden entlastet hat, sowie die Verbilligungen der Krankenkassenprämien, die allein mit zusätzlichen neun Millionen Franken zu Buche schlagen.

Das milliardenschwere Vermögen weckt auf politischer Ebene neue Begehrlichkeiten. Die FDP und das Bündner Gewerbe fordern eine weitere Senkung der Gewinnbesteuerung.

Das war aufgrund der soliden Eigenkapitalbasis zu erwarten. Und weil unser Eigenkapital aufgrund der neuen Rechnungslegung rechnerisch weiter zunehmen wird – mehr Geld in der Kasse haben wir deswegen nicht – wird es noch weitere Begehrlichkeiten geben. Schaut man sich die wenig freundlichen Zukunftsperspektiven an, wäre es meiner Meinung nach aber der falsche Zeitpunkt, um Steuersenkungen zu beschliessen.

Für Finanzdirektorinnen oder Finanzdirektoren gibt es in der Regel nie den richtigen Zeitpunkt dafür.

Im Grundsatz habe ich nichts gegen Steuersenkungen einzuwenden. Aber mittelfristig geraten unsere Finanzen stark unter Druck, wie auch in anderen Kantonen. Und zwar aus jenen Gründen, die ich bereits ausgeführt habe. Die Steuern in diesem, von zahlreichen Unsicherheiten geprägten Umfeld zu senken, ist meines Erachtens nicht sinnvoll.

«Das wäre nicht ehrlich»

Im nächsten Jahr sind Regierungsratswahlen. Und da könnten Sie doch als «Steuersenklerin» massiv punkten.

(Lacht). So gesehen, haben Sie recht. Bloss aus wahltaktischen Überlegungen ein Steuersenkungsprogramm zu erarbeiten, wäre gerade in dieser Ausgangslage nicht ehrlich und nicht angezeigt. Das darf man weder aus parteipolitischen noch aus wahltaktischen Überlegungen machen. Dafür bin ich nicht zu haben.

Ist es denn tatsächlich die Aufgabe des

Staates, ein riesiges Vermögen anzuhäufen und vom Bürger gewissermassen Steuern auf Vorrat einzutreiben?

Da sollte man eines beachten: Dazu beigetragen haben Sondererträge wie beispielsweise der Bündner Anteil am Verkauf des Nationalbank-Goldes, die Rückzahlung des Dotationskapitals der Graubündner Kantonalbank sowie die Aufwertung ihrer Partizipationsscheine. Das sind alles ausserordentliche Effekte. Von zu viel einkassierten Steuern zu sprechen, ist auch deshalb falsch, weil wir die Steuern in den letzten Jahren bereits mehrfach gesenkt haben.

«Nur im Sinne von Korrekturen»

Mit mehr als einer Milliarde auf der hohen Kante müsste die ewige Jammerei auf Bundesebene über die Nachteile des Berggebiets ein Ende haben.

Wir Bündner sollten tatsächlich Mass halten mit der «Jammerei», das stimmt. Denn noch stimmen die Zahlen, auch was die Verschuldung im Vergleich mit anderen Kantonen angeht. Das ist auf die Finanzpolitik der vergangenen Jahre zurückzuführen. Und mit Blick auf die Topografie und die Grösse unseres Kantons, müssen wir kein schlechtes Gewissen haben, dass wir vom interkantonalen Finanzausgleich stark profitieren.

Zürich ist einer der grossen Geberkantone im Finanzausgleich. Ohne das Geld aus der Limmstadt würde in Graubünden wohl bald das Licht ausgehen.

Der Kanton Zürich ist einer der grössten Geldgeber im interkantonalen Finanzausgleich. Und davon kann auch Graubünden profitieren. Dafür sind wir dankbar. Ob bei uns ohne Zürich gleich die Lichter ausgehen würden, lasse ich hier mal offen. Sicher ist aber, dass in Zürich die Lichter ausgehen, wenn wir hier in Graubünden den Wasserhahn für die Kraftwerke zudrehen würden (lacht).

Muss Graubünden den Gürtel bald enger schnallen, weil einige Kantone mit dem Gedanken spielen, künftig weniger in den Finanzausgleich einzuzahlen?

Die Geberkantone stellen die geltende Konzeption des Finanzausgleichs zunehmend infrage, weil auch sie sich mit finanziellen Unwägbarkeiten konfrontiert sehen. Nehmen Sie die neue Unternehmenssteuerreform: Wenn, wie von der EU gefordert, die Sonderstati in diesem Bereich fallen sollten, geraten Kantone wie Zürich, Basel, Waadt und Genf massiv unter Druck. Sie müssen dann mit Steuerausfällen in dreistelliger Millionenhöhe rechnen.

Dann dürfte über kurz oder lang die Solidarität zwischen den Kantonen unter die Räder geraten.

Diese Entwicklung wird sicher gewisse Auswirkungen auf den Finanzausgleich haben. Dies darf aber nur im Sinne von Korrekturen sein. Die Nehmerkantone wie etwa Graubünden werden es aber nicht zulassen, wenn der Finanzausgleich in seinen Grundfesten infrage gestellt wird. In der Finanzdirektorenkonferenz war man sich jüngst in diesem Punkt einig. Das beruhigt mich etwas, und ich gehe deshalb davon aus, dass Lösungen erarbeitet werden, welche die Solidarität unter den Kantonen weiter gewährleisten.

Themenwechsel: Die Verhandlungen mit den Standortkantonen der grossen Stromkonzerne über die Gewinnbesteuerung der Kraftwerke sind jüngst gescheitert. Nun versucht Graubünden, das Geld mittels steuerlichen Veranlagungen einzutreiben. Das dürfte ein risikoreicher Weg sein.

Nach welchem Steuermodell wir die Kraftwerke veranlagen werden, ist zwar noch offen. Aber wir werden sie nun definitiv veranlagen. Mit dem Status quo beziehungsweise den provisorischen Veranlagungen auf der Basis von Pflichtdividenden, wie es seit 2009 der Fall ist, werden wir uns künftig nicht mehr zufrieden geben. Das wird ein schwieriger Weg, weil dieser wohl über ein kompliziertes Verfahren vor Bundesgericht führen und Jahre in Anspruch nehmen wird.

Es war doch aber absehbar, dass die Standortkantone, wie etwa Solothurn, die üppigen Gewinnsteuern der Kraftwerke nicht freiwillig mit Graubünden oder dem Kanton Wallis teilen wollen.

Natürlich haben die Standortkantone kein Interesse an der Aufteilung der Gewinnsteuern und möchten den aktuellen Status beibehalten. Letztlich geht es bei dem Ganzen doch allein um die Frage, wie man den Verteilungsschlüssel gestaltet, damit alle – auch wir – davon profitieren können.

«Den Rechtsweg beschreiten»

Hat Graubünden das Fuder nicht überladen und dabei ein Steuermodell vorgelegt, das nur seinen Zwecken dient?

Nein, das haben wir nicht. Das Steuermodell, über das wir und der Kanton Wallis mit den Standortkantonen verhandelt haben, ist zusammen mit dem Verband der Kraftwerksbetreiber, der Swisselectric, erarbeitet worden. Das Modell trägt meiner Meinung nach den Interessen der Gebirgskantone ebenso wie jenen der Standortkantone Rechnung. Es ist schade, dass wir uns nicht einigen konnten und letztlich den Rechtsweg beschreiten müssen.

Das Scheitern der Verhandlungen wird wohl auch Auswirkungen auf die Strategie des Kantons bei der Umsetzung der Kraftwerks-Heimfälle haben.

Das ist möglich. Die Strommarktentwicklung dürfte aber einen grösseren Einfluss haben als die Gewinnbesteuerung.

Und wenn sich das Bundesgericht gegen die Gebirgskantone ausspricht?

Dann müssen wir das akzeptieren. Möglicherweise bleibt es dann beim Status quo. Ich kann dies aber nicht abschliessend beurteilen, zumal alles von davon abhängt, wie das Bundesgericht die Steuermodelle beurteilen wird und ob es uns aufzeigt, wie wir in dieser Frage fortfahren müssen.

Barbara Janom Steiner ...

... ist Regierungsrätin des Kantons Graubünden. Sie steht dem Departement für Finanzen und Gemeinden vor. Die 50-jährige Rechtsanwältin/Executive MBA HSG wurde am 30. März 2008 in die Regierung gewählt. Die ersten Jahre amte sie als Vorsteherin des Departements für Justiz, Sicherheit und Gesundheit. Nach der Wahl von FDP-Regierungsrat Martin Schmid in den Ständerat wechselte sie an die Spitze des Departements für Finanzen und Gemeinden. Janom Steiner gehört der Bürgerlich Demokratischen Partei (BDP) an. Die Bürgerin von Sent ist in Scuol geboren und aufgewachsen. Sie ist verheiratet und lebt mit ihrem Mann in Chur. (mo)



Bild Yanik Bürkli